

Bezugpreis:
Einzelheft 2.- M. monatlich 6.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postbezug: Monatlich 6.- M. etc.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kopierzeile
kostet 1.50 M.
„Kleine Anzeigen“,
das fertige Blatt 60 Pf. (zweispaltig
2 fertige Zeilen), jedes weitere
Zeilen 40 Pf.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 5. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 11753-54.

Gegen den Gewaltakt der Entente.

Die deutsche Regierung hat ihren Vertreter in Versailles beauftragt, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Deutschlands die nachstehende Antwort zu übergeben:

Die alliierten und assoziierten Regierungen sehen nach ihrer Note vom 2. d. M. die Verschrift des Artikels 61, Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung über das Recht der Teilnahme Deutschlands am Reichsrat als eine förmliche Verletzung der Bestimmungen des Artikels 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen die gehörigen Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Ratifizierung des Artikels 61, Abs. 2, zu beseitigen.

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen am 29. Mai d. J. überreichten Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei Erörterung des Artikels 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe, nach dem Frieden die deutsche Reichsgrenze zu verschieben, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehme, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Österreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhangs mit dem deutschen Stammland zu widersetzen.

friedliche, dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechende Annäherung zwischen den beiden Ländern vorbereitet würde. Aus diesem Grunde ist in die deutsche Reichsverfassung die Verschrift des Artikels 61, Abs. 2, aufgenommen worden.

Es folgt nun eine juristische Beweisführung, daß der Artikel 61 der Reichsverfassung nicht mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehe und daß selbst bei abweichender Auslegung der Alliierten keine Verfassungsänderung nötig ist, da Artikel 178 der Reichsverfassung ausdrücklich sagt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht durch den Artikel der Verfassung berührt werden.

Die Note schließt hiernach: „Obwohl die Angelegenheit mit der bevorstehenden Erklärung dem Wunsch der alliierten und assoziierten Regierungen entsprechend erledigt wird, sieht sich die Deutsche Regierung doch noch zu folgenden grundsätzlichen Bemerkungen veranlaßt: Die Deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß dazu gegeben, das Verlangen nach Ausfüllung vermeintlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrag in einer derart scharfen Form zu stellen, wie dies in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen geschehen ist.“

Die geregelte Wirtschaft.

Der bekannte Wirtschaftspolitiker Richard Calwer, der sich vom überzeugten Sozialdemokraten im Laufe eines Menschenalters bis zum geschätzten Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ hindurchgemauert hat, polemisiert in seiner Wirtschaftskorrespondenz unter dem Befehl des Großagrariersorgans gegen die Politik des Reichernährungsministeriums bei der Freigabe des Haferhandels.

Richard Calwer ist einer der wenigen Nationalökonomien, die durch die Art ihrer Arbeit über den Vorwurf erhoben sind, daß ihr persönliches Interesse ihre wissenschaftliche Meinung beeinflusst. Das schadet ihm aber nicht vor der Alterderweisung, die die meisten Wissenschaftler an sich erleben.

Rückkehr der ersten Verschleppten.

Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Kattowitz: Gegen 300 verschleppte deutsche Einwohner trafen gestern wieder in Kattowitz ein. Während ihrer vierzehntägigen Gefangenschaft haben sie eine schwere körperliche und seelische Leidenzeit durchgemacht.

Sogar 10000 Gefangene täglich.

Der englische Vorkommando der Waffenstillstandskommission hat zu einer Befragung über die Kriegsgefangenenheimkehr nach Aöln gebeten und dabei eine beschleunigte Heimsendung der Kriegsgefangenen, wenn möglich eine tägliche Beförderung von 10000 Mann in Aussicht gestellt.

Das Bestreben der Engländer, die Kriegsgefangenen nun so schnell wie möglich loszuwerden, ist sowohl praktisch durchsichtig, als dem menschlichen Standpunkte zu begründen. Es ist wohl nirgends ein Zweifel daran, daß unsere Regierung alles tun wird, um die schleunigste Heimsendung unserer Gefangenen zu bewirken.

Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Gestern Donnerstag, ist der vierte Transport mit Gefangenen aus englischer Hand in Frankreich in Aöln eingetroffen und durch das Durchgangslager Weimar weitergeleitet worden.

Eine Aufforderung an Deutschland.

Das Rumanische Bureau meldet aus Paris: Clemenceau habe, veranlaßt durch einen Schritt des Verwaltungsausschusses der Gewerkschaften, erwirkt, daß Deutschland und seine Verbündeten aufgefordert werden, an der Konferenz über Arbeiterfragen in Washington teilzunehmen.

Der deutsch-schweizerische Handel.

Bern, 4. September. Eine wichtige Konferenz wurde im Berner Bundespalast zwischen einer Abordnung der deutschen und einer der Schweizer Regierung abgehalten. Es waren vertreten die Zollbehörden, die Landesverwaltungsbehörden, um über die Wiederannahme des Eisenbahnverkehrs und die Wiedereinleitung der deutschen Postbedienen auf den badischen Bahnhöfen zu verhandeln.

England und Frankreich.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Kopenhagen, 4. September. Die englische Presse vergleicht die jetzige französische Agitation wegen des englischen Auftretens in Persien und Syrien mit dem Jachoda-Fall und meint, daß mit dieser Agitation ein französisches Mandat über Syrien angefordert werden soll.

Ein Ultimatum an Rumänien?

Nach einer Neutermeldung aus Paris ist die rumänische Frage in ein akutes Stadium eingetreten. Da der Oberste Rat auf die kürzlich an Rumänien gerichtete Note keinerlei Antwort erhalten hat, hat er beschlossen, einen Abgesandten nach Bukarest zu schicken, um der rumänischen Regierung ein befristetes Ultimatum zu überreichen.

Die Kriegslage im Osten.

Stockholm, 4. September. Die „Politiken“ aus bester Quelle erzählt, befreit sich die militärische Lage der Sowjetregierung zufrieden. Denissins Vormarsch ist aufgehalten und Kiew wieder gewonnen.

In einem Artikel über den Zusammenbruch der Arbeiterbewegung beschäftigt sich die „Freiheit“ u. a. mit der von und wieder gegebenen Zuschrift und kommt — was anerkannt werden muß — bei der Beurteilung des freien Handels zu denselben Schlüssen wie wir.

Zu demselben Augenblick, wo die Freigabe des Hafers so unerwünschte Folgen zeitigt hat, fordern die Kartoffelgroßhändler die Freigabe der Kartoffeln. Sogar dem „Berl. Tagebl.“, dem Sprachrohr der Manchestermänner, wird das zu bunt; es fordert die Hinterlegung einer Garantiesumme, die zum Preisausgleich dienen soll, falls die Preise hinaufschwellen.

Daß sich das „V.L.“ in dieser Frage selbst nicht ernst nimmt beweist die Tatsache, daß es im Abendblatt ein Rundschreiben des Verbandes der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands ohne Vorbehalt wiedergibt, in dem es u. a. heißt, die Freigabe des Hafers habe sich „ersaunlich gut bewährt“.

Infolge der außerordentlichen Teuerung am Häute- und Ledermarkt richtete die demokratische Partei des württembergischen Landtages eine dringliche Anfrage an den Ernährungs- und Arbeitsminister und bittet um Gegenmaßnahmen gegen die Gefährdung der Ablieferung von Schlachtvieh.

Auch die Seifenhändler bekommen, nachdem der Kartenzwang aufgehoben ist, Angst vor ihrer eigenen Courage. Die Arbeitgemeinschaft des deutschen Seifenhandels und verwandter Zweige erläßt einen Aufruf, in dem sie sich dagegen verwahrt, daß













